

# DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
Nummer 7 · Dezember 2008



## DIE LINKE zeigt: Es ginge auch anders

CDU und FDP verabschieden Massaker-Haushalt

*In dieser Ausgabe lesen Sie:*

Editorial .....	Seite 2
Ein anderer Haushalt ist machbar! .....	Seite 2
Mindestlohn: Linksfraktion auf sich allein gestellt .....	Seite 3
Gorleben stilllegen! .....	Seite 3
Trübe Bildungspolitik .....	Seite 3
Die NTH ist nur ein Marketing-Gag .....	Seite 4
Für ein soziales Europa .....	Seite 4

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

beim größten niedersächsischen Unternehmen – VW – werden die Weihnachtsferien zwangsverlängert. Allein in Wolfsburg laufen 750 Arbeitsverträge zum Jahresende aus – jeder kann sich vorstellen, was in diesen Familien in der Adventszeit los war. Die Produktion des Stahlwerkes Salzgitter-Peine ist im Dezember und Januar gegenüber den Vorjahresmonaten um 30 Prozent heruntergefahren worden – verbunden mit Lohninbußen für die dort Beschäftigten. Die niedersächsischen Häfen verzeichnen ebenso wie Hamburg und Bremen zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten einen Rückgang der Umschlagszahlen. So sieht das von der Nordsee bis zum Harz aus.

Nur bei der CDU/FDP-Landesregierung ist von alledem nichts zu spüren. Als gäbe es keine Krise, haben sie mit ihrer Mehrheit ihren im Sommer vorgelegten Haushalt jetzt im Dezember durch das Parlament gestemmt. Das war eine gespenstische Debatte: Draußen machen sich Angst und Krise breit, aber drinnen bei der Mehrheit im Landtag herrschen Selbstgefälligkeit, verkrampt vorgetragene Zuversicht und Handlungsunfähigkeit.

DIE LINKE geht gegen diese Koalition der tatenlosen Selbstgefälligkeit an. Wir haben das mit all' unserer Kraft bei der Haushaltsdebatte getan – vor allem mit einem 170 Punkte umfassenden, durch die Vermögenssteuer und andere Maßnahmen gegenfinanzierten Vorschlag zur Krisenprävention. Aber die parlamentarischen Debatten allein werden nichts ändern. Entscheidend wird sein, dass möglichst viele der 8 Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes aufstehen und selbst aktiv werden: Gegen die Wirtschaftskrise, für soziale Gerechtigkeit.

Wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir aus der Krise tatsächlich gestärkt hervorgehen – durch eine neue, soziale Politik.

Alles Gute für ein kämpferisches 2009!

*Manfred Sohn*  
Manfred Sohn,  
Fraktionsvorsitzender

# Ein anderer Haushalt ist machbar! DIE LINKE fordert Mehreinnahmen statt Sparzwang

In der zweiten Dezemberwoche verabschiedete der Landtag den Haushalt, wie ihn die CDU/FDP-Koalition vorschlug: Mit heftigen Einsparungen bei Bildung und Sozialem, ohne Impulse für die krisengebeutelte Konjunktur. Kreszentia Flauger und Manfred Sohn, die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, zeigten in der Debatte, dass es zu dieser Politik auch Alternativen gibt. Lesen Sie Auszüge aus ihren Haushaltsreden:

### Die Rede von Manfred Sohn:

Was aber ist die Alternative zu diesem Haushalt der Ignoranz? - Der Ausgangspunkt ist, zunächst einmal die Politik der Schuldzuweisungen zu stoppen. Ihre Politik [...] besteht in erster Linie darin, bei der Frage, wer an der Krise schuld ist, mit dem Finger auf die USA zu zeigen. [...] Sie sollten sich der biblischen Weisheit erinnern:



Das Landtagsplenum bei der Arbeit – im Vordergrund DIE LINKE.

Wer mit einem Finger auf andere zeigt, auf den weisen in der Regel drei Finger zurück. [...] Der erste Finger, der im Rahmen dieser Gesamtpolitik zurückweist, ist, dass wir in Deutschland in den letzten 15 Jahren den gravierendsten Reallohnrückgang gegenüber dem Anstieg des Einkommens aus Gewinnen und Vermögen verzeichnen [...] Der zweite Finger, der zurückweist, ist, dass wir seit 15 Jahren eine ständige Steuerumverteilung von unten nach oben haben. Sie wissen es alle: Mehrwertsteuer rauf, Vermögensteuer, Gewinnsteuer, Erbschaftsteuer usw. runter. [...] Der dritte Finger ist die Zerstörung der umlagefinanzierten Rente durch Kohl, Schröder und Merkel, also die Ersetzung der Politik von Blüm durch die Politik von Riester und Rürup. [...]

Wenn diese Schuldzuweisungen gestoppt sind, was muss man dann tun, um die wohlgeremt selbst angerichtete Unordnung aufzuräumen? - Wenn der Dreh- und Angelpunkt der Krise die Umverteilung von unten nach oben [...] ist, dann

ist völlig logisch, dass der Dreh- und Angelpunkt jedes Haushaltes der Krisenabwehr ist, von oben nach unten umzuverteilen, [...] Das von CDU und FDP zu fordern, hieße natürlich, von einer Kuh zu verlangen, wie ein Adler in die Lüfte zu steigen.

### Die Rede von Kreszentia Flauger:

Sie definieren Haushaltskonsolidierung für sich als höchstes Ziel. Sie verzichten auf Einnahmemöglichkeiten. Und dann knausern Sie bei unbestritten notwendigen Ausgaben mit der Begründung, Sie hätten keinen Spielraum und kein Geld. Das geht nicht! Durch Ihre Definitionen erzeugen Sie die Sachzwänge selbst, und dann sagen Sie unter Hinweis auf diese Zwänge, Sie können nicht anders. Das ist unredlich.

Seien Sie wenigstens ehrlich, und stehen Sie zu

Ihrer Politik! Sagen Sie den Menschen offen: Haushaltskonsolidierung ist Ihnen wichtiger als Mittagessen für unsere Schulkinder. Schuldenabbau steht bei Ihnen vor Verbesserung der Bildungsbedingungen in Niedersachsen, z. B. durch kleinere Klassen. Sagen Sie, Sie wollen den Vermögenden und den Großen nicht in die Tasche greifen, obwohl unsere Kommunen unbestritten mehr Geld bräuchten.

Stehen Sie dazu, dass Ihr Schuldenabbaucredo Ihnen wichtiger ist als dringend notwendige Konjunkturimpulse. Das können Sie alles so machen. Sie sind die Regierung, Sie sind an der Macht. Aber dann stehen Sie auch zu Ihren Entscheidungen und Priorisierungen! Sagen Sie den Menschen die Wahrheit!

[...] Die Linke steht für Wirtschaftsförderung, für Nachhaltigkeit, für soziale Gerechtigkeit, für Ökologie und für gleiche Bildungschancen für alle. Sie versündigen sich mit Ihrem Haushalt, Ihrer Sozialdumpingpolitik, Ihrer antiquierten Bildungspolitik und Ihrer dogmatischen Schuldenabbaupolitik an nachfolgenden Generationen. Mit Generationengerechtigkeit hat Ihr Haushalt nichts zu tun.

Alle 170 Änderungsanträge der LINKEN zum Landeshaushalt 2009 lesen Sie in der Broschüre „Für ein soziales Niedersachsen“, die Sie kostenlos bei uns bestellen können.

# Mindestlohn: Linksfraktion auf sich allein gestellt

Der Antrag der Linksfraktion, einen Mindestlohn im Landesvergabegesetz zu verankern, ist von der Landesregierung in der Dezembersitzung des Landtages abgelehnt worden. CDU und FDP stimmten für den Fortbestand des Landesvergabegesetzes in seiner jetzigen Form, die keine Mindestlohnbestimmungen enthält. Die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ursula Weisser-Roelle, kritisierte die Regierungskoalition scharf: Zum einen habe sie das Landesvergabegesetz nur deshalb verlängert, weil der Druck der parlamentarischen Opposition sowie der Gewerkschaften zu groß geworden sei, zum anderen sei das Gesetz halbherzig. Die Linksfraktion hatte in ihrem Antrag gefordert, das Vergabegesetz – wonach Bau-Aufträge nur an Firmen mit Tarifreue vergeben werden – auf alle öffentlichen Aufträge einschließlich des öffentlichen Personennahverkehrs auszuweiten. Die CDU begründete ihre Ablehnung mit fadenscheinigen Ausreden; außerdem habe man schließlich mit den Sozialpartnern gesprochen, behauptete der fachpolitische Sprecher der Christdemokraten. „Es mag sein, dass einige Ihrer Gesprächspartner diesem Gesetzentwurf

zugestimmt haben – aber sicherlich nicht der DGB“, entgegnete Weisser-Roelle und betonte: „Sie haben ebenso wie wir alle ein Papier bekommen, in dem der DGB alle Fraktionen aufgefordert hat, das Gesetz auf alle öffentlichen Aufträge auszuweiten, den ÖPNV einzubeziehen, den Schwellenwert herabzusetzen und die Vergabe auch an das Vorhandensein von Ausbildungsplätzen zu knüpfen“, rief Weisser-Roelle den Ministern zu. Sie bemängelte außerdem, dass das Gesetz erst für Aufträge ab einem Volumen von 30 000 Euro gilt. Ihre Fraktion hatte gemeinsam mit den Gewerkschaften die Absenkung des Schwellenwertes auf 10 000 Euro verlangt. Doch die gewerkschaftspolitische Sprecherin kritisierte nicht nur die Regierung, sondern auch die SPD. Die Sozialdemokraten hatten einen eigenen Antrag zum Landesvergabegesetz eingebracht – doch auch bei ihnen fehlte die Forderung nach einem Mindestlohn. Die niedersächsische Linksfraktion kämpft dagegen seit ihrem Einzug in den Landtag für die Verankerung eines Mindestlohns in das Landesvergabegesetz.

# Gorleben stilllegen! DIE LINKE fordert Abschied vom Endlagerplan

Seit der Havarie des sogenannten Versuchsendlagers Asse sollte es eigentlich noch dem letzten Verfechter des Endlagerstandorts Gorleben klargeworden sein: Salz ist als Lagermedium für Atommüll ungeeignet; es ist zu anfällig für Wasser, um den strahlenden Schrott über eine Million Jahre sicher zu bergen. DIE LINKE. Fraktion will deshalb im Landtag jetzt beantragen, dass der Salzstock Gorleben-Rambow als mögliches Atomlager endgültig fallengelassen wird.

Statt Gorleben durchzupeitschen, wie es sowohl Bundes- als auch Landesregierung derzeit versuchen, müsse die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle völlig neu beginnen, heißt es in einem Entschließungsantrag, den DIE LINKE im Januar in den Landtag einbringen wird – und diese Suche soll nicht nur mehrere Standorte miteinander vergleichen, sondern auch nach anderen Kriterien ablaufen als in Gorleben. So sollen auch Kritiker, Initiativen und vor allem die Bevölkerung mit in das Auswahlverfahren einbe-

zogen werden, und am Ende soll ein Standort gefunden sein, der, anders als Gorleben, mehrere für sich wirksame Barrieren gegen den Austritt von Radioaktivität bietet. Und natürlich soll die Suche nach einem neuen Endlagerstandort diesmal bundesweit stattfinden – Niedersachsen ist mit dem abgesoffenen Salzstock Asse II und mit Schacht Konrad in Salzgitter vom Atommüll ohnehin schon massiv betroffen.

Der wichtigste politische Schritt in Sachen Atomenergie bleibt aber der schnelle, unumkehrbare Ausstieg: Die Suche nach einer geeigneten Endlagerstätte kann wesentlich sachlicher angegangen werden, wenn kein neuer Atommüll mehr produziert wird.



# Trübe Bildungspolitik

Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, hat die Haushaltsdebatte im Landtag für eine Generalabrechnung mit der Bildungspolitik der Landesregierung genutzt. „Anhand eines Haushalts lässt sich erkennen, welche Schwerpunkte gesetzt werden. Er ist insofern ein Ausweis der Landesregierung, ein Spiegel ihrer Politik. Betrachte ich den Etat für den Kultusbereich, so muss ich feststellen, dass der Spiegel sehr trübe ist und einer dringenden Reinigung bedarf“, sagte Reichwaldt. Die Landesregierung patze in allen Bereichen. Dies hätte die Lehrerdemonstration im Mai ebenso gezeigt wie die Schülerproteste im November. Die verfehlte Politik von Wulff & Co. beginne bereits bei den Jüngsten: „Um die Ansprüche der Menschen in Niedersachsen zu erfüllen, brauchen wir einen Ausbau der Krippen- und Tagesstätten-Plätze, über kurz oder lang heißt das: einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahr an“, sagte die Bildungsexpertin. Als ersten Schritt hat ihre Fraktion in der Haushaltsdebatte 75 Mio. Euro für ein zweites beitragsfreies Kindergartenjahr gefordert. Reichwaldt plädierte außerdem für ein gemeinsames Lernen der Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse – dafür seien Gesamtschulen nötig. Doch die Landesregierung habe der IGS-Bewegung mit ihrem Gesamtschulverhinderungsgesetz Knüppel zwischen die Beine geworfen. Reichwaldt forderte außerdem die Einstellung neuer Lehrer, eine Ausbildungsplatzumlage sowie die Abschaffung der Studiengebühren und des so genannten Turbo-Abiturs.

Bis auf weiteres notwendig:  
Proteste in Gorleben

## Für ein soziales Europa

*Wenn Europa mehr sein soll als ein Binnenmarkt für schrankenlosen Kapitalverkehr, dann muss in die Gesetzgebung der Europäischen Union eine Klausel für sozialen Fortschritt aufgenommen werden. Einen entsprechenden Antrag hat die Linksfraktion in den Januar in den Landtag eingebracht. „Das Problem ist, dass die sozialen Grundrechte auf EU-Ebene bisher kaum verankert sind“, sagte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Kreszentia Flauger: „Im Vergleich zu den wirtschaftlichen Rechten werden die sozialen vernachlässigt.“ Folge dieser Politik seien etwa Urteile des Europäischen Gerichtshofes, in denen die sozialen Grundrechte schlicht nicht beachtet würden.*

*„Wenn Streiks gegen Lohndumping untersagt werden, und wenn wirtschaftliche Freiheit heißt, dass Tariflöhne unterboten werden dürfen, dann macht Europa Angst“, warnte Flauger. „Wir wollen aber, dass Europa Hoffnung macht und die Menschen überzeugt sind, dass die EU ihre Situation verbessert.“ Auch der Europäische Gewerkschaftsbund und der DGB fordern eine Sozialklausel, die in den Vertrag von Lissabon aufgenommen werden soll, um die Einhaltung sozialer Rechte auf europäischer Ebene zu garantieren. Es sei Aufgabe der Landesregierung, dieses Ziel mit allen Mitteln zu unterstützen, sagte Flauger. Ihre Fraktion werde sie an diese Aufgabe erinnern - Europa dürfe nicht zu einem Zweckverband für Unternehmerinteressen mutieren, sondern müsse für alle Menschen da sein.*

## Impressum

Herausgeberin:  
Fraktion DIE LINKE  
im Niedersächsischen Landtag  
Redaktion:  
Jan Langehein, Christian Degener  
V.i.S.d.P.: Christian Degener  
Anschrift:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Kontakt:  
Tel.: 05 11 / 30 30 44 02  
Fax: 05 11 / 30 30 48 80  
info@linksfraktion-niedersachsen.de  
www.linksfraktion-niedersachsen.de

# Die NTH ist nur ein Marketing-Gag Perli kritisiert substanzlose Hochschulfusion

Die Landesregierung hat die Gründung der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) beschlossen. Die NTH ist ein Zusammenschluss von drei Universitäten des Landes; sie nimmt ihre Arbeit zum 1. Januar 2009 auf. Die Linksfraktion stimmte gegen die Gründung der NTH; bereits in der ersten Aussprache im September äußerte Perli erhebliche Kritik am Gesetz. Das löse nicht die Probleme der niedersächsischen Wissenschaftslandschaft, sondern sei auch nur ein Teil des Problems, da es sie undemokratisch aufgebaut sei und der Mangel an den Hochschulen weiterhin bestehen bleibe. „Die NTH ist ein gemeinsamer Briefkopf, der der besseren Vermarktung dient, ein Marketing-Gag, mehr nicht“, so Perli am 17. September im Landtag. Die Probleme des NTH-Gesetzes wurden in den weiteren Beratungen noch deutlicher: „Heute verabschieden Sie ein unausgereiftes Gesetz, dass den an der NTH beteiligten Hochschulen nicht einmal garantieren kann, dass es reif für die Fördertöpfe ist; ein Gesetz, dessen Rechtmäßigkeit sogar aus Regierungskreisen angezweifelt wird und für das alle drei Hochschulen ihre Eigenständigkeit und Wissenschaftsfreiheit aufgeben“, sagte Perli während der letzten Lesung Mitte Dezember. Das Projekt werde der Lächerlichkeit preisgegeben und die niedersäch-

sische Wissenschaftslandschaft beschädigt, wenn sich herausstellen sollte, dass die NTH nicht förderungswürdig ist. Schließlich habe es Alternativen zur Gründung der NTH gegeben: Die betroffenen Universitäten hätten Kooperationsabkommen schließen oder einen Zweckverband gründen können. „Aber dafür war es aus Sicht der Mehrheitsfraktionen zu spät, weil sie den Mund bereits zu voll genommen hatten und Herrn Stratmann nicht als Ankündigungsminister im Regen stehen lassen konnten“, sagte Perli.

Er bemängelte außerdem die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten: Das NTH-Präsidium sei übermächtig, der Senat ohne inhaltliche Vetorechte, die Studierenden und das Personal verfügten über keine eigenen Organe. Nicht nachzuvollziehen sei auch der Wille, die entscheidenden Konfliktpunkte erst mit der Grundordnung der NTH klären zu wollen. Dies betreffe unter anderem die Schwerpunktsetzungen und Zielvereinbarungen, die Frage der Geschäftsstelle und ihrer Ausstattung und die Besetzung der externen Präsidiumsmitglieder. Somit sei die NTH insgesamt nicht mehr als ein Marketing-Gag – „eine Kopfgeburt, die auf eine ungewisse Reise geschickt wird“, bilanzierte Perli.

## Das Infomaterial der Landtagsfraktion

Bei uns können Sie kostenlos folgende Broschüren bestellen:

**Für ein soziales Niedersachsen! – Vorschläge zum Landeshaushalt 2009**

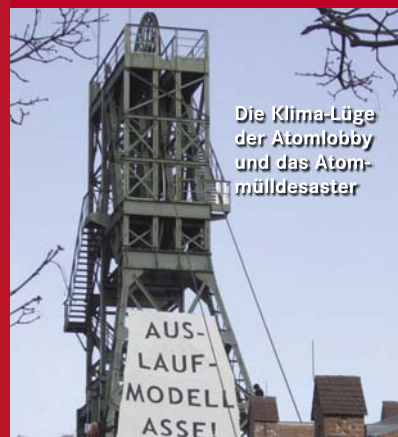
**Für Klimaschutz, gegen Atomenergie! – Die Klimalüge der Atomlobby und das Atommüll-Desaster**

**Braune Wurzeln – Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit**

Zu bestellen per Mail über [info@linksfraktion-niedersachsen.de](mailto:info@linksfraktion-niedersachsen.de) oder über Telefon unter 05 11 / 3030-4402

**Für ein soziales Niedersachsen!**  
Vorschläge zum Landeshaushalt 2009

**Für Klimaschutz – gegen Atomenergie!**



Die Klima-Lüge der Atomlobby und das Atommüll-Desaster



**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag